

**Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am
14.11.2016 - öffentlicher Teil**

Datum: 14.11.2016

Zeit: 17:00 Uhr – 20:56 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	(bis 20:25 Uhr)
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU
Herr Reinhold Klaus	CDU
Herr Josef Menke	CDU
Herr Siegfried Schön	CDU

Fraktion DIE LINKE

Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Achim Rensch	BLR
-------------------	-----

FDP-Fraktion

Herr Klaus Scheffel	FDP
---------------------	-----

Fraktion Grüne/RdUM

Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM
-------------------	------------

Sachkundige Einwohner

Frau Heidi Hartig	DIE LINKE
-------------------	-----------

Verwaltung

Herr Dietmar Schulze	Landrat
Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Frau Anke Dürre	Amtsleiterin - Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement
Herr Michael Steffen	Amtsleiter Jobcenter
Frau Britt Stordeur	Amtsleiterin – Amt für Kreisentwicklung, wirtschaftliche Infrastruktur und Tourismus
Frau Aileen Bluhm	Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Gäste

Herr Wolfgang Seyfried	SPD-Fraktion
Herr Roland Resch	Lokale Aktionsgruppe Uckermark e. V. (LAG)
Herr Silvio Moritz	Geschäftsführer Investor Center Uckermark GmbH (ICU)
Herr Uwe Döhring	Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)
Herr Marko Roscher	Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)
Herr Burkhard Ratzlaff	MUG Brandenburg e. V.
Frau Brigitte Eikemper-Gerlach	Sachkundige Einwohnerin des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung (FRA)
Herr Jörn Klitzing	IHK - Ost-Brandenburg
Frau Dana Schöttler	Stadt Templin

Abwesende Ausschussmitglieder:**Sachkundige Einwohner**

Herr Thomas Simon	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Wolfgang Steffini	CDU	entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hoppe begrüßt die Mitglieder des REA, den Landrat Herrn Schulze, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung sowie alle Gäste und die Vertreter der Medien.

Herr Hoppe stellt fest, dass 13 Kreistagsabgeordnete und eine sachkundige Einwohnerin anwesend sind und der Ausschuss damit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Hoppe stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er weist darauf hin, dass zum TOP 12 (Übernahme der Gesellschaftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH) BV/608/2016 zwischenzeitlich ein Änderungsantrag mit der DS-Nr.: ÄA/0025/2016/1 eingereicht wurde, der im Zusammenhang mit der vorliegenden Beschlussvorlage zu behandeln ist.

Des Weiteren teilt er mit, dass noch eine Anfrage mit der DS-Nr.: AF/633/2016 in die Tagesordnung aufzunehmen ist.

Der Landrat schlägt vor, die Anfrage AF/633/2016 im Zusammenhang mit dem TOP 13 - Austritt aus der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) / BV/606/2016 zu behandeln.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Hoppe informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 12.09.2016 (öffentlicher Teil)
163/2016
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Berichterstattung aus der Arbeit 2015 der Lokalen Aktionsgruppe Uckermark e. V.
BR/618/2016
9. Entwurf der Haushaltssatzung 2017/2018
BV/607/2016
10. Berichterstattung über die Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zum Fahrplan 2017 laut Beschluss des Kreistages mit der Drucksache
BV/564/2016
BR/613/2016
11. Informationen zum Modellversuch "Sozialbetrieb"
BR/623/2016
12. Übernahme der Gesellschaftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH
BV/608/2016

Übernahme der Gesellschaftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH, Drucksache BV/608/2016
 ÄA/0025/2016/1

13. Austritt aus der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
 BV/606/2016
 13.1 Betrifft: BV/606/2016
 AF/633/2016
14. Zuschusserhöhung für die ICU Investor Center Uckermark GmbH
 BV/626/2016
15. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Teilaufgabe der elektronischen Identitätsfeststellung und des elektronischen Identitätsmanagements bei der internetbasierten Fahrzeugzulassung
 BV/615/2016

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 12.09.2016 (öffentlicher Teil)
Vorlage: 163/2016

Herr Hoppe stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 12.09.2016 - öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Hoppe stellt fest, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Hoppe merkt an, dass es keine Fragen seitens der Einwohner des Landkreises gibt.

zu TOP 6: Anfragen

zu TOP 6.1 Breitbandausbau
AF/636/2016

Herr Dr. Gerlach stellt folgende Anfrage:

„Wie ist der Stand des Breitbandausbaus?“

Der Landrat informiert, dass der planmäßige der Termin 20.10.2011 (3. Call) für die Abgabe der Fördermittelanträge zum weiteren Breitbandausbau in der Uckermark eingehalten wurde. Auf Grund der Höhe der beantragten Fördersummen wurden insgesamt zwei Anträge beim Bund eingereicht, die den gesamten Landkreis einschließlich des Amtes Gartz (Oder) und Schwedt/Oder abdecken. Der Landrat teilt mit, dass die Ko-Finanzierungszusage des Landes bereits vorliegt und nun der Förderbescheid es Bundes abgewartet werden muss.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Anfrage wurde in der Sitzung nur mündlich vorgetragen. Der Einreicher hat seine Anfrage im Nachgang zur Sitzung schriftlich nachgereicht.

zu TOP 7: Anträge

Herr Hoppe merkt an, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Berichterstattung aus der Arbeit 2015 der Lokalen Aktionsgruppe Uckermark e. V.

Vorlage: BR/618/2016

Herr Resch berichtet anhand eines PowerPoint-Vortrages über die Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe Uckermark e. V. des Jahres 2015.

Er bittet darum, den PowerPoint-Vortrag der Niederschrift zur heutigen Sitzung des REA als Anlage beizufügen (Siehe **Anlage 1**).

Der Landrat nimmt Bezug auf den mündlichen Bericht und hinterfragt, was der Termin 06.02.2017 für das Vorhaben der Grundschule in Gartz (Oder) bedeutet?

Herr Resch teilt mit, dass bilaterale Gespräche mit mehreren Kommunen geführt wurden, als deren Vorhaben der LAG bekannt wurden. Er informiert, dass zur Grundschule Gartz (Oder) bereits im Juli 2016 versucht wurde, zusammen mit dem Amtsdirektor von Gartz (Oder) und dem Schwedter Bürgermeister, einen Zeitplan zu erarbeiten, der realistisch ist, um alle Ko-Finanzierungen und alle verschiedenen Finanzierungstöcke mit einbeziehen zu können. Herr Resch weist auch auf das Erfordernis einer europaweiten Ausschreibung in diesem Zusammenhang hin, da die entsprechenden Schwellenwerte überschritten werden. Von der Stadt Schwedt/Oder und vom Amt Gartz (Oder) wurde schriftlich mitgeteilt, dass der Fahrplan zur Grundschule Gartz (Oder) nicht in Gefahr gerät, wenn der Termin 6. Februar 2017 für das Projektvorhaben anvisiert wird, um dieses dann unter Ausnutzung aller möglichen Fördermittel zu realisieren.

„Der Ausschuss für Regionalentwicklung nimmt den Bericht zur Arbeit 2015 der Lokalen Aktionsgruppe Uckermark e. V. zur Kenntnis.“

zu TOP 9: Entwurf der Haushaltssatzung 2017/2018

Vorlage: BV/607/2016

Herr Brandenburg informiert darüber, dass er im Vorfeld der Beratungen in den Ausschüssen, den Entwurf des Haushaltes 2017/2018 bereits in den Klausurtagungen der Fraktionen des Kreistages erläutert hat.

Er geht anschließend anhand eines PowerPoint-Vortrages auf die wichtigsten Eckpunkte des Haushaltsentwurfes 2017/2018 ein und macht u. a. Ausführungen über:

- Ergebnisübersicht der Jahre 2013 – 2016 sowie die Planungen 2017/2018
- Erläuterungen zum Finanzhaushalt 2017/2018
- Planerischer Finanzmittelbestand am 31.12.2018 (3.112.320,00 €)
- Ertragsarten der Jahre 2016, 2017 und 2018
- Entwicklung Schlüsselzuweisung und Kreisumlage
- Aufwandsarten der Jahre 2016, 2017 und 2018
- Übersicht der nicht gesetzlich normierten Leistungen des Landkreises Uckermark
- Entwicklung der Abschreibungen
- Investitionstätigkeit 2017/2018

- Entwicklung von Finanzhaushalt, Ergebnishaushalt und Finanzmittelbestand

Herr Brandenburg bittet darum, die PowerPoint-Präsentation als Anlage zur Niederschrift der heutigen Sitzung beizufügen (siehe **Anlage 2**).

Herr Brandenburg weist darauf hin, dass er bezüglich des vom Landkreis zu leistenden Eigenanteils beim weiteren Breitbandausbau in der Uckermark, Vorsorge im Haushaltsentwurf 2017/2018 getroffen hat. Er teilt mit, dass durch eine Vormerkung im Haushaltsentwurf 2017/2018 geregelt wird, dass für bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche investive Auszahlungen für den Breitbandausbau im Landkreis Uckermark eine Wertgrenze in Höhe von 1.000.000 € pro Haushaltsjahr gilt.

Des Weiteren berichtet Herr Brandenburg über mögliche Chancen und Risiken, die sich im Zusammenhang mit dem Haushalt der Jahre 2017/2018 ergeben können.

Herr Tattenberg hinterfragt die zukünftige Mittelbereitstellung für den Radwegeausbau in der Uckermark und bemängelt die zukünftig rückläufige Investitionstätigkeit in diesem Zusammenhang.

Der Landrat weist auf die großen Investitionen des Landkreises in den letzten Jahren hin, mit deren Hilfe drei überregionale Radwege fertiggestellt werden konnten und merkt an, dass auch der Uckermärkische Radrundweg fast vollständig fertiggestellt ist. Er merkt an, dass aus kreislicher Sicht ab 2018 der Schwerpunkt auf die Unterhaltung der bereits vorhandenen Radwege gelegt werden muss.

Herr Menke spricht sich angesichts des derzeit niedrigen Zinsniveaus für eine verstärkte Investitionstätigkeit seitens des Landkreises aus. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Radweg Berlin-Usedom und einen damit in Verbindung stehenden stark genutzten und sanierungsbedürftigen Straßenabschnitt von Milow-Werbelow-Trebelow-Bandelow hin.

Der Landrat teilt mit, dass er die Problematik der Fortführung des Radweges Berlin-Usedom über den genannten Straßenabschnitt kennt, weist aber darauf hin, dass es sich dabei um eine Landesstraße handelt. Er informiert darüber, dass der entsprechende Straßenabschnitt bereits in die Maßnahmen mit einbezogen wurde, die in den nächsten Jahren gefördert werden sollen.

Herr Scheffel hinterfragt die im Stellenplan des Haushaltsentwurfs 2017/2018 vorgesehene Stellenerhöhung um 26,9 Stellen gegenüber dem Haushaltsjahr 2016.

Herr Brandenburg teilt mit, dass der aktuelle Stellenplan eng bemessen ist und sich die Stellenzahlen überwiegend nach den Fallzahlen richten.

Er sagt zu, bis zur Sitzung des FRA am 22.11.2016 entsprechende Informationen zu den Gründen für die im Haushaltsentwurf 2017/2018 vorgesehene Stellenerhöhung um 26,9 Stellen nachzuliefern.

Frau Bader möchte wissen, warum der ÖPNV vom Landkreis Uckermark zukünftig mit 4,0 Mio. €/Jahr gefördert werden soll, obwohl ihrer Meinung nach 3,3 Mio. € ausreichen würden.

Herr Brandenburg macht darauf aufmerksam, dass der alte Vertrag des Landkreises Uckermark zum ÖPNV unterfinanziert ist und mit den vorgesehenen 4,0 Mio. €/Jahr

der Vertrag nunmehr ausfinanziert werden soll. Er teilt mit, dass in der Summe von 4,0 Mio. €/Jahr auch Gewinne mit enthalten sind.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 8 Nein: 2 Enthaltungen: 3

zu TOP 10: Berichterstattung über die Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zum Fahrplan 2017 laut Beschluss des Kreistages mit der Drucksache BV/564/2016

Vorlage: BR/613/2016

Herr Brandenburg nennt als Grundlage für die heutige Berichtsvorlage den Beschluss des Kreistages zur BV/564/2016, wonach das Verkehrsunternehmen einen Ausgleich für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 3,9 Mio. € erhält. Er weist darauf hin, dass der Kreistag den Landrat als Aufgabenträger des ÖPNV beauftragt hat, ein Fahrplanangebot zu erstellen, dass den Vorgaben des Nahverkehrsplanes und den zur Verfügung stehenden Mitteln entspricht.

Herr Brandenburg informiert anhand eines PowerPoint-Vortrages über die Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zum Fahrplan 2017 laut Beschluss des Kreistages mit der Drucksache BV/564/2016. Er teilt mit, dass diese Optimierungsmaßnahmen in enger Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen Frau Dürre und Frau Bluhm von der Kreisverwaltung Uckermark und Herrn Roscher und Herrn Döhring von der UVG erarbeitet wurden. Herr Brandenburg weist darauf hin, dass es sich bei den vorgesehenen Optimierungsmaßnahmen um eine Momentaufnahme dahingehend handelt, auf welchem Stand man zurzeit ist.

Herr Brandenburg schlägt vor, dass ihm die Herren Roscher und Döhring bei speziellen Fragen, insbesondere zum vorhandenen Bestand an Fahrplanmasse sekundieren.

Herr Dr. Gerlach spricht sich gegen den Vorschlag von Herrn Brandenburg aus und stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Dr. Gerlach beantragt, dass die Herren Roscher und Döhring von der UVG nicht Herrn Brandenburg bei speziellen Fragen sekundieren.

Herr Scheffel spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus und merkt an, dass es hierbei nur um die fachliche Unterstützung von Personen geht, die von der Angelegenheit etwas verstehen.

Herr Hoppe bittet anschließend um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis: Ja: 1 Nein: mehrheitlich

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Gerlach abgelehnt.

Herr Brandenburg informiert in seiner Präsentation zunächst über den Status Quo 2016 – Liniennetz Landkreis Uckermark und gibt einen Überblick zum Fahrplan 2017 und den in diesem Zusammenhang vorgesehenen Einsparungs- und Optimierungsmaßnahmen.

Anschließend erläutert er die für die einzelnen Linien des Fahrplanangebotes 2017 vorgesehenen Einsparungen an Fahrten, untergliedert nach Schulzeit, Ferien und Wochenenden.

Herr Menke möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, eine Gegenüberstellung von alt / neu für die einzelnen Gemeinden zu erhalten.

Herr Brandenburg sagt eine gebietsbezogene Aufbereitung zu, wenn diese von den Bürgermeistern beim Landkreis angefragt werden.

Herr Klaus hinterfragt die im Vortrag angekündigte Umwidmung von 25 Linienfahrten in Rufbusfahrten und möchte wissen, ob diese 25 Linien Bestandteil der 44 Linien sind, die optimiert werden sollen.

Frau Bluhm teilt hierzu mit, dass an 44 Linien Änderungen vorgenommen wurden und Teile der Linien zu Rufbusfahrten optimiert wurden

Frau Bader hatte u.a. gehofft, zunächst darüber diskutieren zu können, wo Einsparungen vorgenommen werden sollen, um danach über die Höhe der Einsparungen zu beschließen.

Herr Dr. Gerlach nimmt auf seine Argumentation in der letzten Sitzung des Kreistages Bezug, wonach er dafür plädiert hat, erst über Vorschläge zu vorgesehenen Kürzungen beim Fahrplanangebot zu diskutieren und die Beteiligten darüber zu informieren und anschließend über die Höhe der Kürzungen zu beschließen. Er kritisiert, dass das Verfahren in umgekehrter Reihenfolge gelaufen ist.

Herr Brandenburg sagt angesichts der zahlreichen Nachfragen der Ausschussmitglieder zu, den Kreistagsmitgliedern sowohl die heute vorgetragene Präsentation (s. **Anlage 3**) als auch seine detaillierten Begründungen zu den vorgesehenen Optimierungsmaßnahmen zum Fahrplan 2017 (s. **Anlage 4**) zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren kündigt er an, die gebietsbezogenen Teile der Präsentation, zusammen mit den dazugehörigen Begründungen, an die Ämter und amtsfreien Gemeinden zu versenden.

Herr Tattenberg fragt an, ob das Protokoll von der heutigen Sitzung und die von Herrn Brandenburg zugesagten Unterlagen auch den Ausschussmitgliedern in Papierform zur Verfügung gestellt werden können, die sonst Unterlagen nur in elektronischer Form erhalten.

Herr Brandenburg sagt eine Bereitstellung in Papierform zu.

Herr Dr. Gerlach möchte wissen, wann und wie sich die geplanten Einsparungen bei den Fahrplankilometern als Einsparungen beim Personal und beim Fahrzeugbestand der UVG auswirken.

Der Landrat merkt an, dass darüber noch im Aufsichtsrat der UVG und in der Gesellschafterversammlung zu diskutieren sein wird. Er geht jedoch davon aus, dass der Vorsatz gilt, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

Herr Heinemann hält es für u. a. wichtig, dass sich die Hauptverwaltungsbeamten und Vertretungen der einzelnen Ämter und Gemeinden des Landkreises mit dem Fahrplanangebot 2017 und den damit verbundenen Optimierungen beschäftigen und ggf. noch mögliche Einwendungen und Bedenken geltend machen, die zwar nicht mehr im Fahrplanangebot 2017 aber im darauf folgenden Fahrplanangebot Berücksichtigung finden könnten.

Frau Bader ist der Auffassung, dass Einsparungen in Unternehmen u. a. auch durch kreative und intelligente Lösungen möglich sind, ohne dass diese z. B. gleich durch Streckenkürzungen realisiert werden müssen.

Der Landrat weist darauf hin, dass in den Aufsichtsratssitzungen der UVG erst alle Möglichkeiten der Konsolidierung diskutiert wurden, bevor überhaupt Streckenkürzungen in Betracht gezogen wurden.

„Der Ausschuss für Regionalentwicklung nimmt die Berichterstattung über die Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zum Fahrplan 2017 zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Informationen zum Modellversuch "Sozialbetrieb"

Vorlage: BR/623/2016

Herr Steffen macht einleitende Ausführungen zum Modellversuch „Sozialbetrieb“ und übergibt die weitere Berichterstattung an Herrn Ratzlaff.

Herr Ratzlaff berichtet anhand einer Präsentation über die bisherigen Ergebnisse, die der MUG Brandenburg e.V. in Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem LAFP e. V., der ABW GmbH und mit Unterstützung des Jobcenters des Landkreises Uckermark im Rahmen eines Modellversuches „Sozialbetrieb“ zur Schaffung sozialbetrieblicher Strukturen erzielt hat.

(Herr Fleischmann geht um 20:25 Uhr.)

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zum Modellversuch "Sozialbetrieb" als Grundlage für eine weitergehende Diskussion zur Kenntnis.

zu TOP 12: Übernahme der Gesellschaftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH

Vorlage: BV/608/2016

**Übernahme der Gesellschaftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH, Drucksache BV/608/2016
ÄA/0025/2016/1**

Der Beschlussvorschlag des ÄA/0025/2016/1 lautet:

„§ 8 Punkt 4 ... „sind den Landkreis Uckermark“ ... ist zu streichen, dafür ist: Den „Gesellschafter“ zu verwenden.

§ 9 ... „über die Gesetze“... Ändern: Dafür die Gesetze benennen.

§ 9 Gesellschafterversammlung: Die Anzahl der Mitglieder muss benannt wer-

den. Ebenso wie der Vorsitz geregelt werden soll.“

Der Einreicher zieht den Änderungsantrag zurück, da er die Erläuterungen des Landrates zum Sachverhalt für plausibel hält.

Herr Scheffel möchte wissen, was als Rest vom Tourismusverband Uckermark e. V. übrig bleibt.

Der Landrat weist darauf hin, dass der Tourismusverband mit allen Mitgliedern weiterhin bestehen bleibt.

Herr Brandenburg teilt mit, dass vorgesehen ist, einen „Beirat“ zur TMU zu gründen, der mit seinem Sachverstand die touristische Strategie bedienen soll. Den Rest macht der Landkreis als Eigentümer, da ein Aufsichtsrat ohnehin nur fakultativ gewesen wäre.

Der Landrat weist noch darauf hin, dass vergaberechtliche Dinge eine Übernahme der Gesellschaftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH durch den Landkreis Uckermark erforderlich gemacht haben.

Ziel war es, die TMU inhousefähig zu machen und somit eine europaweite Ausschreibung der Leistungen zu verhindern.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt über die Beschlussvorlage BV/608/2016 ab:

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage BV/608/2016 zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt die Übernahme der Tourismus Marketing Uckermark GmbH durch den Landkreis Uckermark durch Ankauf der gesamten Geschäftsanteile in Höhe des Stammkapitals von 25 T€ vom Tourismusverband Uckermark e. V. zum 01.01.2017.*
- 2. Der Kreistag beschließt den Gesellschaftsvertrag der Tourismus Marketing Uckermark GmbH gemäß der Anlage 2.*
- 3. Der Kreistag beschließt die Betrauung der Tourismus Marketing Uckermark GmbH mit der Förderung der touristischen Entwicklung der Uckermark sowie ihre regionale und überregionale Vermarktung als Erbringung einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) durch den Landkreis Uckermark. Die Betrauung erfolgt zunächst für einen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend mit der Übernahme der Geschäftsanteile der Tourismus Marketing Uckermark GmbH. Der Tourismus Marketing Uckermark GmbH werden vom Landkreis Uckermark Ausgleichsleistungen in Gestalt eines jährlichen Zuschusses maximal in Höhe der ausgleichsfähigen Nettokosten, die der Gesellschaft aufgrund der Erbringung der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstehen, und unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinnes, höchstens jedoch bis zu einem Betrag von 350 T€, gewährt.*
- 4. Der Kreistag beschließt den Austritt aus dem Tourismusverband Uckermark e. V. zum 31.12.2016.*

5. *Der Kreistag beschließt die Aufhebung des zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Tourismusverband Uckermark e. V. geschlossenen Vertrages zur Entwicklung des Tourismus in der Uckermark zum 31.12.2016.*
6. *Der Kreistag beauftragt den Landrat mit den zur Umsetzung der Beschlüsse notwendigen Maßnahmen:*
- *mit dem Abschluss des notariellen Kauf- und Abtretungsvertrages über Geschäftsanteile*
 - *mit der Erarbeitung und dem Erlass eines beihilferechtskonformen Betrauungsaktes an die Tourismus Marketing Uckermark GmbH.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 1 Enthaltung: 1

zu TOP 13: Austritt aus der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Vorlage: BV/606/2016

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landkreis Uckermark erklärt den Austritt aus der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zum 31.12.2017.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 1 Enthaltung: 1

zu TOP 14: Zuschusserhöhung für die ICU Investor Center Uckermark GmbH

Vorlage: BV/626/2016

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. *Der Kreistag beschließt, den jährlichen Zuschuss des Landkreises Uckermark an die Investor Center Uckermark GmbH (ICU) ab dem 01.01.2017 um 65.000,00 Euro auf insgesamt 300.000,00 Euro zu erhöhen.*
2. *Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur entsprechend erforderlichen Anpassung des Konsortialvertrages vorzunehmen und dem Kreistag den geänderten Konsortialvertrag zur Beschlussfassung vorzulegen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 4 Enthaltung: 1

zu TOP 15: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Teilaufgabe der elektronischen Identitätsfeststellung und des elektronischen Identitätsmanagements bei der internetbasierten Fahrzeugzulassung

Vorlage: BV/615/2016

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die „öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Teilaufgabe der elektronischen Identitätsfeststellung und des elektronischen Identitätsmanagements bei der internetbasierten Fahrzeugzulassung“.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig Enthaltung: 1

zur Kenntnis genommen:

gez. Klaus Scheffel
1. Stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer